

Wie oft muss Karlsruhe noch eingreifen, um die Verantwortlichen in Legislative und Exekutive zu einer wirksamen Sozialpolitik zu zwingen?

Der Trend zur Arbeitsteilung und Spezialisierung hat mehr Schnittstellen geschaffen, den Versorgungsprozess zergliedert und traditionelle Kooperationsstrukturen zerstört. Daher besteht ein Bedarf nach Kooperation, Interdisziplinarität und Aufwertung nichtärztlicher Gesundheitsberufe, denen die Robert Bosch Stiftung mit einem Memorandum Nachdruck verliehen hat.

Der Gesetzgeber hat diesen Bedarf erkannt und Modellklauseln geschaffen, um erweiterte Kompetenzen für nichtärztliche Heilberufe zu erproben. Von diesen Kompetenzen ist bisher nur in sehr begrenztem Umfang Gebrauch gemacht worden. Grund hierfür ist auch die Blockadehaltung der Ärzteschaft, die in den nichtärztlichen Heilberufen eher das „Proletariat“ des Gesundheitswesens sieht. Solange eine solche Gesinnung die ärztliche Standespolitik prägt, ist an einen wahren Paradigmenwechsel in der gesundheitlichen Versorgung nicht zu denken. Klare Worte des Arztes Philipp Rösler hätten hier helfen können, ein reaktionäres Standesbewusstsein zu überwinden. Nun geht der Job an Daniel Bahr, der immerhin weiß, was besser ist, als unter Alkohol Auto zu fahren.

Denken wir noch einmal an Dr. med. Philipp Rösler. Er hat zwar seine Weiterbildung zum Facharzt nicht beendet, und seine praktischen Erfahrungen beschränken sich auf die ärztliche Tätigkeit im Sanitätsdienst der Bundeswehr. Seine Koketterie über seine ärztlichen Fähigkeiten hinderte die ärztlichen Standesvertreterinnen und -vertreter jedenfalls nicht daran, ihn hymnisch zu loben und zu feiern. Damit das Lob anhielt, versorgte der Bundesgesundheitsminister speziell die niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte mit frischem Geld und stellte für die »Konvergenz« der regionalen Vergütungen neue Mittel in Aussicht. Wäre Vergleichbares zu erwarten, wenn Angela Merkel einen Panzergeneral zum Nachfolger des zurückgetretenen Barons von und zu Guttenberg gemacht hätte und der als erstes neue Leopards geordert hätte? Wohl kaum – ein Aufschrei der Empörung in Medien und Öffentlichkeit hätte dies verhindert.

Dabei stellen Ärztinnen und Ärzte nur eine - zugegebenermaßen wichtige und einflussreiche Berufsgruppe - im Gesundheitswesen dar. Wer kümmert sich um diejenigen, die die Hauptlast der Patientenversorgung schultern? Nicht nur der Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen hat vielfach darauf aufmerksam gemacht, dass die nichtärztlichen Gesundheitsberufe der gesundheitspolitischen Aufmerksamkeit bedürfen und eine Neuordnung der Versorgung sich nicht auf Ärzte und Krankenhäuser beschränken darf. Im Mittelpunkt dieser Ausgabe von Gesundheits- und Sozialpolitik stehen daher Themen, die nichtärztliche Gesundheitsberufe in den Fokus der Be trachtung nehmen und ihre Rolle bei der Neuordnung der Versorgung beleuchten.

Ein kommunikatives und politisches Desaster ist aus der Hartz IV-Reform geworden. Die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe hat das erstrebte Ziel, mehr Menschen aus der Armutsfalle zu befreien, erkennbar nicht erreicht. Das Bundesverfassungsgericht musste der Politik deutlich machen, dass die Berechnung des Existenzminimums nicht auf transparenten Grundlagen erfolgt. Bundesarbeitsministerin Von der Leyen und ihre Gegenspielerin von der SPD Manuela Schwesig schafften es nicht, innerhalb des vom Gericht bestimmten Zeitrahmens die Weichen für eine verfassungskonforme Neuordnung zu stellen. Sie lieferten vielmehr ein Beispiel dafür, wie politische Vorfestlegungen und persönliche Ambitionen das geforderte Zusammenwirken von Bund und Ländern erschweren und in ein aussichtsloses Patt führten. Da mussten die alten Fahrsleute Beck, Böhmer und Seehofer ran, um den Karren wieder flott zu machen. Ob allerdings das gefundene Ergebnis den sozial- und bildungspolitischen Ansprüchen sowie den verfassungsrechtlichen Anforderungen gerecht werden, darf mit Fug und Recht bezweifelt werden. Wie oft muss Karlsruhe noch eingreifen, um die Verantwortlichen in Legislative und Exekutive zu einer wirksamen Sozialpolitik zu zwingen?

Die Herausgeber